Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Freie Jugendhilfe

Ausschussmitglied Elke Heckmann
Ausschussmitglied Andreas Koût
Ausschussmitglied Gerda Rohlfing
Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt

beratende Mitglieder

Vertreteterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Elternvertreterin

beratendes Mitglied (Vertreterin) Kirsten Witte

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Sybille Martfeld

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

in der Jugendhilfe erfahrene Person

beratendes Mitglied Bernhard Busemann

Leiter Referat 6

beratendes Mitglied Carsten Feist

Jugendamt

Thomas Neumann

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Ellen Seehausen

Protokollführer

Jürgen Broda

Gäste

Teamleiterin U 25 im Job Center

Petra Heiler-Klene

Geschäftsführer der Volkshochschule

Werner Sabisch

Es fehlten entschuldigt

beratendes Mitglied Jürgen Hoffmann	in der Jugendhilfe erfahrene Person
Grundmandat Irina Moriße-Kappes	Grundmandat AFW Fraktion
beratendes Mitglied Petra Schrecker-Steinborn	Elternvertreterin
Ausschussmitglied Astrid Zaage	Mitglied Gruppe CDU/WBV

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13. Dezember 2017	
4	Vorstellung Jugendberufsagentur	
5	Vorlagen an den Rat	
5.1	Berufung eines neuen beratenden Ersatzmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss - Herr Matthias Köhler	**50/2018**
5.2	Berufung eines neuen beratenden Ersatzmitgliedes für den JHA - Frau Kerstin Saathoff	**65/2018**
5.3	Prüfung eines Rede und/oder Antragsrechts des Jugendparlaments	**506/2018**
5.4	Co-Finanzierung des Projektes "Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ)" 2019 -2022	**49/2018**
6	Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss	
6.1	Wahl der Jugendschöffen für die Jahre 2019 bis 2023	**71/2018**
6.2	6. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung	**61/2018**
7	Mitteilungen und Anfragen	
7.1	Vergabeverfahren KiTa Süd	
7.2	Sprachförderung im Elementarbereich	
7.3	Planung Sommerferienprogramm 2018	
7.4	MdB (CDU) Silvia Breher am 2. Mai 2018 im Familienzentrum Süd, Banter Markt	

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Schulte eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte Frau Kirsten Witte zu ihrer ersten Sitzungsteilnahme und verpflichtete sie gemäß § 60 NKomVG. Sie ist Vertreterin von Frau Petra Schrecker-Steinborn.

2 Feststellung der Tagesordnung

TOP 5.1 wird von der Tagesordnung abgesetzt.
TOP 6.1 wird vertagt auf Mittwoch, den 23. Mai 2018.
Die Feststellung der geänderten Tagesordnung erfolgte einstimmig.

Beschluss:

- einstimmig zugestimmt -

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13. Dezember 2017

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13. Dezember 2017 wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

- einstimmig zugestimmt -

4 Vorstellung Jugendberufsagentur

Frau Heiler-Klene, Teamleiterin U 25 im Job Center, stellte im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation **(Anlage 1)** die neue Jugendberufsagentur Wilhelmshaven (JBA) vor. Seit Anfang Januar sind die MitarbeiterInnen von Jobcenter, Arbeitsagentur und dem Pro-Aktiv-Center räumlich und organisatorisch im Gebäude der Agentur für Arbeit in der Schillerstraße tätig. Dort erfolge die Betreuung junger Menschen mit brüchigen Lebensläufen und Bildungsbiographien.

Durch diese Zusammenlegung lassen sich die unterschiedlichen Leistungen und Angebote besser verzahnen. Hierdurch würden Doppelstrukturen vermieden und Lücken geschlossen um Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der schulischen, beruflichen und sozialen Integration zu helfen.

Frau Bakir bat darum, dass dem Ausschuss zum Jahresende eine Bilanz der Zusammenarbeit rückgemeldet werde.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Berufung eines neuen beratenden Ersatzmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss - Herr Matthias Köhler **50/2018**

Dieser TOP wurde abgesetzt. Herr Matthias Köhler ist verstorben.

Beschluss:

- von der Tagesordnung abgesetzt -

5.2 Berufung eines neuen beratenden Ersatzmitgliedes für den JHA - Frau Kerstin Saathoff **65/2018**

Herr Dr. Schulte erläuterte die Beschlussvorlage.

Beschluss:

- einstimmig zugestimmt -

Im Jugendhilfeausschuss wird Frau Kerstin Saathoff Nachfolgerin der ausscheidenden Frau Romy Appelt und damit dann Vertreterin von Frau Renate Sopp-Dreyer.

5.3 Prüfung eines Rede und/oder Antragsrechts des Jugendparlaments **506/2018**

Frau Stomberg trug den Antrag vor. Nach eingehender Beratung und Diskussion wurde der Inhalt des Antrages befürwortet, formell aber beanstandet. Frau Stomberg änderte daraufhin den Antrag wie folgt ab:

Der Rat der Stadt möge folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung geben:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern eine Beteiligung des Jugendparlaments, bezogen auf ein Rede- und / oder Antragsrecht, in den Fachausschüssen möglich ist und eine entsprechende Vorlage zu erstellen."

Beschluss:

- Der Jugendhilfeausschuss stimmte der o. g. Änderung der Vorlage Nr. 506/2018 einstimmig zu. –

Der Änderungsantrag lautet somit wie folgt:

Der Rat der Stadt möge folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung geben:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern eine Beteiligung des Jugendparlaments, bezogen auf ein Rede- und / oder Antragsrecht, in den Fachausschüssen möglich ist und eine entsprechende Vorlage zu erstellen."

Begründung:

Mit Blick auf die aktuelle Bevölkerungsentwicklung droht gerade auch unserer Stadt der Verlust der Wahrnehmung der Interessen der Kinder und Jugendlichen. Nicht nur Im Landkreis Friesland hat man dieses bereits erkannt und dem Jugendparlament weitergehende Rechte im demokratischen Prozess eingeräumt. Über die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz wird sogar derzeit auf Bundesebene diskutiert. Selbst die Landesregierung hat sich in der letzten Legislaturperiode für eine bessere Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche eingesetzt. Damit die Interessen von Kindern und Jugendlichen besser berücksichtigt werden können, sollte über diese Möglichkeit intensiv beraten, nachgedacht und letztendlich umgesetzt werden.

5.4 Co-Finanzierung des Projektes "Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ)" 2019 -2022 **49/2018**

Herr Feist erläuterte die Beschlussvorlage des Projektes „Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ)" 2019 – 2022. Der bisherige Verlauf habe gezeigt, dass es sich hier um ein Erfolgsprojekt handele – so seien u. a. dabei auch erhebliche Einsparungen bei den Transferkosten zu verzeichnen.

Auf Frage von Herrn Ehlers erläuterte Frau Heiler Klene, dass hier keine Konkurrenz zur neugeründeten Jugendberufsagentur bestünde. Vielmehr stelle dieses Projekt ein zusätzliches, weiterführendes, intensives, tägliches Angebot für die Klienten der Jugendberufsagentur dar. Man arbeite eng zusammen – dies übrigens auch bereits vor Gründung der (neuen) Jugendberufsagentur.

Herr Sabisch bestätigte die Ausführungen von Frau Heiler-Klene.

Beschluss:

- einstimmig zugestimmt -

Das Projekt JUSTIQ wird für vier Jahre, beginnend am 1.1.2019 bis 31.12.2022, fortgeführt. Die Stadt stellt dafür pro Jahr 70.000 Euro an Kofinanzierungsmitteln zur Verfügung.

6 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss

6.1 Wahl der Jugendschöffen für die Jahre 2019 bis 2023 **71/2018**

Der TOP 6.1 wird vertagt. Eingeladen wird hierzu für eine Sondersitzung, die dann am Mittwoch, den 23. Mai 2018, 15.00 Uhr, im Ratssaal stattfinden wird.

Beschluss:

- vertagt -

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die anliegende Vorschlagsliste (getrennt nach Frauen und Männern) für die Wahl der Jugendschöffen für die Jahre 2019 bis 2023 (siehe Anlage).

6.2 6. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung **61/2018**

Herr Neumann stellte anhand einer Powerpoint-Präsentation **(Anlage 2)** die nunmehr 6. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung vor.

Der in der letztjährigen Fortschreibung bereits erkennbare Trend des steigenden Bedarfes an Krippen (U3)- und auch Kindergartenplätzen (Ü3) setze sich fort. Zwischenzeitlich konnten 29 Krippenplätze (15 Plätze in der Jona-Kita in Altengroden und 14 Plätze im Hummel-Hus in Fedderwarden) sowie 15 Kindergartenplätze (im Naturkindergarten Düne am Banter See) in Betrieb genommen werden.

Unter Berücksichtigung der sozialräumlichen Verteilung entstünden aktuell weitere 105 Krippen- sowie 100 Kindergartenplätze. Mit Fertigstellungen durch die Träger WiKi und GPS sei bereits im kommenden Jahr zu rechnen.

Abschließend wies er auf die anstehenden Herausforderungen hin: neue gesellschaftliche Anforderungen an die Kindertagesbetreuung (Ausweitung der Betreuungszeiten), aber auch auf den Fachkräftemangel oder die Auswirkungen der Verlagerung der Sprachförderung von den Grundschulen in die Kindertagesstätten.

Wird die Politik dazu Lösungen haben? Wann kommt das neue KiTaG und mit welchen Änderungen? Welche Auswirkungen – insbesondere auf die Kommunen – wird die geplante Elternbeitragsfreiheit in Kindertagesstätten (Ü3) mit sich bringen?

Herr Feist ergänzte, dass die geplante Beitragsfreiheit aktuell nicht für die Kindertagespflege gelte – dies dürfte eine zusätzliche Nachfrage nach dann ja kostenfreien Kindergartenplätzen nach sich ziehen. Des Weiteren sei im Einigungspapier mit den kommunalen Spitzenverbänden von Betreuungszeiten bis zu 8 Stunden die Rede - aktuell geregelt im KiTaG sind aber lediglich 4 Stunden. Auch die erweiterte Möglichkeit der Eltern die Einschulungsentscheidung bis Mai

des Jahres aufschieben zu können, stelle insbesondere für die Planungen der Kindertagesstätten eine kaum lösbare Herausforderung dar – es sei damit zu rechnen, dass es Kinder geben werde, die unversorgt blieben.

In der sich anschließenden Diskussion ging es auch um Lösungsvorschläge zur Frage von Frau Heide, dass es in der Südstadt Kindergartengruppen mit mehr als 80 %igen Anteil an Flüchtlingskindern gäbe und dies die Integration zumindest erheblich erschwere.

Herr Feist erläuterte, dass eine denkbare Verteilung der Kinder innerhalb der Stadt auf andere Einrichtungen die Bereitschaft zur Mobilität erforderlich mache und dass eine Beförderungsregelung getroffen werden müsse. Problematisch sei dann aber auch der fehlende Bezug zum sozialen Umfeld.

Herr Schaarschmidt regte an Überlegungen im Hinblick auf Infrastruktur-veränderungen anzustreben.

Herr Feist stellte klar, dass man versuchen müsse dem allen entgegenzuwirken, Anregungen und Impulse seien hier – vielleicht im Stadtnorden - zu setzen. Die Kommune kann das alles nur begrenzt regeln. Hier seien ehrenamtlich Tätige, die Kirchen, die Familienzentren und andere ebenfalls aufgefordert entsprechende Angebote zu machen.

Der Ausschuss dankte Herrn Neumann für dessen Ausführungen und für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit. Er wird die Stadt Wilhelmshaven verlassen und sich einer anderen beruflichen Herausforderung stellen.

Beschluss:

- einstimmig zugestimmt -

Der 6. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung (2018) wird zugestimmt.

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Vergabeverfahren KiTa Süd

Herr Feist gab bekannt, dass es viele Interessenten dafür gäbe die geplante Kita-Süd betreiben zu wollen. In Absprache mit der Vergabestelle der Stadt Wilhelmshaven wird es nach Klärung noch bestehender Fragen zu einem erforderlichen Interessenbekundungsverfahren kommen.

7.2 Sprachförderung im Elementarbereich

Herr Feist informierte darüber, dass die Landesregierung eine Änderung zur Sprachförderung plane. Wenn im letzten Jahr vor der Einschulung ein Sprachförderbedarf bei einem Kind festgestellt werde, liegt aktuell die Zuständigkeit bei den Lehrkräften der aufnehmenden Grundschule – dies soll sich nun ab 1. August 2018 ändern. Die Zuständigkeit soll dann im Bereich der Kindertagesstätten liegen. Das Land Niedersachsen schafft durch diese Änderung ca. 500 neue Lehrerstellen.

Allein für die Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven werde dies allerdings bedeuten, dass bei Kosten von ca. 300.000,00 € etwa 5 bis 6 Vollzeitstellen für die Kindertagesstätten erforderlich würden – es stelle sich hier auch noch die Frage, ob bei dem bestehenden Fachkräftemangel überhaupt zügige Stellenbesetzungen möglich sein werden?

Herr Neumann beantwortete die Frage von Frau Sopp-Dreyer, dass die wenigen Kinder, die aktuell keine Kindertagesstätte besuchen (Hauskinder), - wie bisher - Förderung durch Lehrkräfte der aufnehmenden Schule erhalten werden.

7.3 Planung Sommerferienprogramm 2018

Herr Gerjets informierte über das geplante Sommerferienprogramm 2018. Es konnten 32 Veranstalter, die etliche Ferienangebote zur Verfügung stellen, gewonnen werden. Die Verteilung der Broschüre – nur an Grundschüler – wird voraussichtlich Mitte Mai erfolgen. Angebote des Sommerferienprogramms stehen, wie gewohnt, online zur Verfügung.

Er wies insbesondere auf die Betreuungsangebote der ev. Familienbildungsstätte und auf die sehr gute bestehende Kooperation mit dem Sportbüro hin.

7.4 MdB (CDU) Silvia Breher am 2. Mai 2018 im Familienzentrum Süd, Banter Markt

Herr Ehlers wies darauf hin, dass am 2. Mai 2018 die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Cloppenburg/Vechta, Frau Silvia Breher, im Familienzentrum Süd am Banter Markt sprechen wird. Veranstaltungsbeginn wird dann an dem Mittwoch um 18:30 Uhr sein.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung 17:28 Uhr

Feist Leiter Referat 6	Dr. Schulte Vorsitzender	Broda Protokollführer